# Herforder Zeitung

**Bezugspreis**
für die laufende Woche
**50 Goldpfennig**
Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags.

für Stadt und Land

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 85
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

**Anzeigenpreis:**
Preis für die 1spaltig Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt und Landkreis Herford
**10 Goldpfennig;**
Reklamen
**50 Goldpfennig**

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

**Nr. 1** | **Herford, Mittwoch, den 2. Januar 1924** | **42. Jahrgang**


Heimatverein Herford Bucherei
Städtisches Museum Herford

## Arbeitspflicht des Kapitals.

Der neue Präsident der Reichsbank, Reichswährungskommissar Dr. Schacht, hat folgenden Neujahrswunsch ausgesprochen:

In dem Augenblick, wo die Mark in ein gewisses Beharrungsstadium gekommen ist, lohnt es, einer der schlimmsten Folgeerscheinungen der Inflation zu gedenken, die geradezu tötlich auf unser Wirtschaftsleben einwirkt, ich meine das Streben nach der sogenannten Substanzerhaltung. Substanzerhaltung in der Wirtschaft heißt Verzicht auf Substanzvermehrung, heißt Verzicht auf das Wirtschaften und heißt materieller Niedergang. Wer die ihm anvertrauten Kapitalgüter aus Mangel an Unternehmungsgeist, aus Mangel an Vertrauen zur Staatsgesamtheit oder aus Mangel an Betriebsmitteln nicht produktiv verwendet oder verwenden kann, ist für die wirtschaftliche Entwicklung des Ganzen verloren. Eine Maschine, die nicht läuft, hat ihren Beruf verfehlt, ein Kapital, das nicht arbeitet, wirkt rückschrittlich. Aber mehr als das: ein Kapital, das nicht arbeitet, begegnet Interesselosigkeit, ja Mißachtung bei der Gesamtheit, es verliert seine sittliche Berechtigung. Was ich der deutschen Wirtschaft für 1924 wünsche, ist, daß keine neue Inflationsgefahr die produktive Verwendung aller Kapitalkräfte aufs neue bedroht. Nicht nur alle Arbeit wird angespannt werden müssen für die Wiedergenesung unseres Volkes, sondern auch die letzten Kapitalgüter werden der Wirtschaft in produktivster Weise wieder zugeführt werden müssen, wenn unser Mühen gelingen soll.

## Das Wahljahr.

Der Reichstagsabgeordnete Erkelenz entwickelt im „Demokratischen Zeitungsdienst" folgende Gesichtspunkte für die Reichstagswahlen von 1924:

1. Das deutsche Volk darf sich nicht selbst aufgeben und darf nicht verzweifeln, es muß an seine Zukunft glauben und auf bessere Tage hoffen.

2. Die Einheit des Reiches muß um jeden Preis gewahrt und gesichert werden.

3. Das Volk darf sich nicht durch Phrasen und Redensarten betören lassen, sondern muß die wahren Verhältnisse erkennen und mit kühler Vernunft daraus die Schlußfolgerungen ziehen.

4. Mit großen Opfern muß die Gesundung der Staatsfinanzen erzielt werden, denn auch die private Wirtschaft kann nur gesunden auf dem Wege über gesunde Staatsfinanzen.

5. Republik und Demokratie geben die einzig mögliche Grundlage ab, auf der das deutsche Volk in harter Selbstzucht und Selbstverantwortung sich auf eine neue Zukunft vorbereiten kann.

6. Gerade weil wir unvermeidlich in eine große Notzeit hineinkommen, ist die Interessierung der deutschen Frauen für die staatsbürgerlichen und nationalen Fragen eine der Hauptvoraussetzungen für eine ruhige Entwicklung.

7. Die deutsche Jugend darf nicht rückwärts blicken, sondern muß vorwärts schauen. Sie darf nicht an den Idealen der Vergangenheit kleben, sondern muß sich an den Idealen der Zukunft erwärmen und stärken, d. h., sie muß den tiefsten Sinn des republikanischen Gedankens in sich aufnehmen.

8. Der Klassenkampfgedanke steckt noch den meisten Teilen des Volkes zu tief im Blut. Das gilt sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Besitzer. Der Kastengeist, das gegenseitige Fremdsein muß aber überwunden werden durch die Notgemeinschaft des deutschen Volkes.

## Deutsch-französische Verhandlungen.

### Eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Botschafter.

**Berlin,** 31. Dez. Im Laufe des heutigen Nachmittags hat, wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, eine eingehende Besprechung zwischen dem Reichskanzler Marx und dem hiesigen französischen Botschafter de Margerie stattgefunden, in der die wichtigsten schwebenden politischen Fragen erörtert wurden. Der Reichskanzler hat dabei dem Vernehmen nach vor allem auf das Urteil des Düsseldorfer Kriegsgerichts in dem Prozeß gegen die deutschen Schupoleute hingewiesen und betont, daß die Härte des Urteils im ganzen deutschen Volk außerordentliche Erregung hervorgerufen habe, zumal da seine Rechtsgrundlage nicht anerkannt werde. Der Reichskanzler bedauere das umsomehr, als, wie er hervorhob, die Reichsregierung durch ihren letzten Schritt in Paris und Brüssel ihren aufrichtigen Willen zu einer Verständigung über die Lage in den besetzten Gebieten deutlich kundgegeben habe.

## Das Neueste vom Tage

In der Berliner Metallindustrie steht ein Lohnkampf bevor. Während die Arbeiter einen Lohn in der ersten Klasse von 60 Pfennig für die Stunde verlangen, haben die Arbeitgeber die Löhne von 50 auf 43 Pfennig herabgesetzt.

Die Führer der Mehrheitssozialisten haben eine Besprechung mit dem Reichskanzler gehabt, deren Ziel die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes gewesen ist. Der Reichskanzler soll sich ablehnend verhalten haben.

Die Antwort Frankreichs und Belgiens auf die Weihnachtsdenkschrift der deutschen Regierung über die Herstellung eines erträglichen Zustandes im Ruhrgebiet ist nicht vor heute oder morgen zu erwarten.

Die von der italienischen Marinebehörde vorgenommenen Erhebungen bestätigen die Vermutung, daß das französische Luftschiff „Dixmuide" in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember etwa 10 Klm. von der Sizilianischen Küste entfernt untergegangen ist.

## Neujahrsaufrufe.

### Berlin—Wien.

Der Reichspräsident hat dem österreichischen Bundespräsidenten folgendes Telegramm zugesandt:

„Bundespräsident Hainisch, Wien. Zum Jahreswechsel spreche ich Ihnen und dem stammesverwandten österreichischen Volke herzlichste Glückwünsche aus. Deutschland gedenkt in dieser Zeit der Not in aufrichtiger Dankbarkeit der vielen Beweise hilfsbereiter Anteilnahme des Brudervolkes. Möge das neue Jahre unsere Länder fördern auf dem Wege der Gesundung und Wiederherstellung, den Oesterreich zu unserer Freude bereits mit gutem Erfolg beschritten hat.

Ebert, Reichspräsident."

*

### An die Reichswehr.

**Berlin,** 31. Dez. Auch beim diesjährigen Jahreswechsel drängt es mich, allen Angehörigen von Heer und Marine meinen wärmsten Dank und Anerkennung für ihre treue Pflichterfüllung in schwerster Zeit auszusprechen. Berufen zum Schutz der deutschen Heimat, hat die Reichswehr voll ihre Schuldigkeit getan und sich damit in weitesten Kreisen des Volkes neues Vertrauen und Ansehen erworben. Für das kommende Jahr vereinigen wir uns zu dem Gelübde, daß die Reichswehr allen Schwierigkeiten zum Trotz bleibt: eiserne Klammer der Einheit des Reiches und unerschütterlicher Grundstein der verfassungsmäßigen Ordnung, auf der sich unser Vaterland aufbaut zu Größe und Freiheit.

gez. Geßler, Reichswehrminister.

*

### An die Reichsmarine.

In stillem Schaffen hat die Reichsmarine im verflossenen Jahre an ihrer Ausbildung und Festigung gearbeitet. Sie hat im Inlande als zuverlässiger Rückhalt der Regierungsgewalt gedient und im Auslande durch ihr Auftreten für das Ansehen unseres Volkes geworben. Was trotz aller Hemmungen, die unserer Seegeltung von außen auferlegt worden sind, und trotz aller Not der Zeit, von der die Marine als Ganzes wie jeder Einzelne betroffen wird, erreicht worden ist, darf uns mit stolzer Befriedigung erfüllen. Auch im neuen Jahre bleiben unsere Augen auf die hohe See gerichtet, wo unsere Ziele liegen. Auf den uns gelassenen alten Schiffen gilt es achten, den deutschen Seemanns- und Soldatengeist lebendig zu erhalten, und wie der Seemann sich erst im Kampfe gegen den Sturm, im Ausharren in Gefahr, im Entbehren in der Not bewährt, so wollen auch wir uns bewähren im Kampfe und in der Not unseres Volkes, im Dienste unseres Vaterlandes, in nie wankender Hoffnung und Begeisterung für seine Zukunft. Das ist unser Gelöbnis und unser Wunsch für das neue Jahr.

gez. Behncke, Admiral und Chef der Marineleitung.

## Das Attentat gegen Noske.

### Kommunisten als Täter.

wtb. **Hannover,** 31. Dez. Inbezug auf die vor einiger Zeit erfolgte Sprengstoffexplosion vor den Toren der Stadt und das kurz darauf gegen das Regierungspräsidium verübte Bombenattentat teilt das Polizeipräsidium mit: Die Bombenattentate sind von Mitgliedern der kommunistischen Partei ausgeführt worden. Die Zentralleitung der Partei in Berlin und die Bezirksleitung der Partei in Hannover haben die Anweisung ergehen lassen, Sprengstoffe und Sprengkörper zu beschaffen, besondere Kommandos zu bilden, die Bevölkerung und die Behörden zu beunruhigen und mißliebige Personen und Beamte zu beseitigen. Es ist gelungen, einen Teil Sprengstoffe zu erfassen und eine Anzahl Personen festzunehmen, die als Mittäter in Frage kommen. Gestern abend ist ein Mann festgenommen, der im Besitze einer fertigen Bombe war.

## Ein edler Franzose.

### Aufruf Romain Rollands.

**Zürich,** 31. Dez. Romain Rolland richtet in der „Revue Mensuelle" folgenden Appell an das französische Volk zur Hilfeleistung an die Notleidenden in Deutschland:

Vor dem Leid gibt es weder Sieger noch Besiegte. Es ist eine der heiligsten Pflichten unseres Volkes, vor den vorbeiziehenden Toten das Haupt zu entblößen, und die Ehre darein, allen Leidenden ohne Unterschied und ohne Ansehen der Person gleiche Pflege und gleiche Sorgfalt angedeihen zu lassen. Bestärkt durch diese heiligen Traditionen rufen wir heute Frankreich zu: Das deutsche Volk stirbt Hungers. Tausende von Unschuldigen spüren auf grausame Weise die Folgen des Krieges. In Berlin kommen 30 Prozent aller Kinder zur Schule, ohne gegessen zu haben. Tausende von Familien, durch Entbehrungen entkräftet, gehen langsam dem Tode entgegen. Zum Schrecken des Hungers gesellt sich die Angst vor der kommenden Kälte. Wir stehen vor einer Zeit der Epidemien und furchtbarsten Hungersnot.

Das ritterliche Frankreich von ehedem, dessen bester Sänger Victor Hugo war, reichte dem Besiegten auf dem Kampffelde die Hand und verband seine Wunden. Seit vier Jahren, sagt man, ist der Krieg beendet. Auf den Schlachtfeldern ist neues Leben der Erde entsprossen. Reiche Ernten lassen die früheren Verwüstungen vergessen, aber der Besiegte liegt noch immer am Boden und geht ohne Hilfe zu Grunde. Wir wenden uns an das ganze französische Volk ohne Unterschied der Parteien und des Glaubens. Viele Leidenschaften trennen die Franzosen, aber das ist uns doch allen gemein, daß wir Frankreich hochachten und daß wir an seinen ritterlichen Adel glauben. Zeigen wir es also der Welt, beweisen wir es durch die Tat, daß in den Herzen der Franzosen kein Raum ist für niedrigen Haß und für noch niedrigere Gleichgültigkeit gegenüber dem Unglück anderer Menschen, daß vielmehr Frankreich das Land des Erbarmens bleibt. Einzig durch Seelengröße kann man seinen Sieg gutmachen. Die höchste Kraft ist diejenige der Güte. Wir fordern die Franzosen auf, dem Volke, das sie bekämpft haben, heute hilfreich die Hand zu reichen.

## Die Beamten-Dienstzeit.

### Richtlinien.

Im Hinblick auf die Not von Volk und Reich wird die Dienstzeit der Reichsbeamten für die Zeit vom 31. Dezember 1923 ab wie folgt geregelt:

1. Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen. Er hat die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienststundenzahl zu erledigen.

2. Der Dienst ist in der Regel an der Dienststelle und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 54 Stunden. Regelmäßige Mehrleistungen können innerhalb eines Kalenderjahres durch regelmäßige Minderleistungen ebenso wie umgekehrt ausgeglichen werden. Soweit der Dienst in bloßer Dienstbereitschaft besteht, ist die Dienstzeit entsprechend zu erhöhen.

3. Dem Dienst an der Dienststelle innerhalb der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit ist die Teilnahme an Sitzungen, Besichtigungen und dergleichen gleichzuachten. Soweit die Erledigung des Dienstes an der Dienststelle und in der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit aus dienstlichen Gründen unzweckmäßig ist, kann eine anderweitige Regelung stattfinden.

4. Die Tagesdienstzeit wird von jeder Behörde nach Anhörung der Beamtenschaftsvertretung festgesetzt. Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in den Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen. Nur dort, wo aus dringenden örtlichen oder sachlichen Gründen eine

solche Teilung unmöglich erscheint, kann mit Zustimmung der obersten Reichsbehörden und des Reichsministers des Innern durchgehend gearbeitet werden. Diese regeln bei Bewilligung der Ausnahmen die Dienstzeit; hierbei darf die Wochendienstzeit nicht unter 51 Stunden festgesetzt werden.

5. Für eine Ueberschreitung der bestimmungsmäßigen Wochendienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Ein Ausgleich kann durch Dienstbefreiung zu anderen Zeiten gewährt werden. Grundsätzlich ist angeordnet, daß außer in Berlin die Tagesdienstzeit durch eine Mittagspause zu teilen ist. In Berlin, wo im allgemeinen der durchgehende Dienst angeordnet ist, beträgt die Mindestdienstzeit 51 Stunden in der Woche.

## Herford und Minden-Ravensberg

Wohl dem, der frei von Schuld und Fehle,
Bewahrt die kindlich reine Seele! Schiller.

2. Januar.

### Soziale Arbeit in Westfalen.

Der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Westfalen hielt am 28. Dezember 1923 seine ordentliche Jahresversammlung ab. Aus den Verhandlungen heben wir folgendes hervor:

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1922 zeigt in der

**Rentenbewilligung**

gegen das Vorjahr einen geringen Rückgang, es sind insgesamt 14 822 Renten der verschiedenen Arten neu bewilligt gegenüber 15 556 im Jahre 1921. Der Rentenbestand am Schlusse des Jahres 1922 betrug 51 660 Invaliden- und Altersrenten, 6903 Witwenrenten und 26 327 Waisenrenten. In der Zahl der Heilverfahrenanträge und der übernommenen Fälle der Anträge betrug 1922: 15 645, 1921: 13 713. Hiervon wurden 1922: 8624, 1921: 7277 bewilligt, der Rest abgelehnt oder auf andere Weise erledigt.

Die Hauptgebiete der Heilbehandlung sind die Bekämpfung der Lungentuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. Auf erstere entfiel der weitaus größte Teil der nicht ständigen Heilverfahren. In der Bekämpfung der

**Geschlechtskrankheiten**

haben die 16 Beratungsstellen eine große Arbeit geleistet. Es sind ihnen 11 358 (1921: 13 219) Geschlechtskranke gemeldet worden, von denen 9763 (1921: 11 709) in Fürsorge genommen wurden. Demnach ist erfreulicherweise ein Rückgang gegen das Vorjahr eingetreten, der vielleicht zu günstigen Schlüssen hinsichtlich des Gesamterfolges der Geschlechtskrankenfürsorge berechtigt.

Auch die Tätigkeit der

**Lungenfürsorgestellen,**

deren 84 im Berichtsjahre von der Versicherungsanstalt unterstützt wurden, ist besonders hervorzuheben. Sie besteht in der Beratung Lungenkranker, in der Fürsorge für sie bezüglich der Verpflegung von Wohnung, der Trennung der Kranken von den übrigen Familienmitgliedern, um sie vor Ansteckung zu schützen, und in ähnlichen vorbeugenden Maßnahmen. Eine neue Aufgabe sah die Versicherungsanstalt in der Uebernahme von Heilverfahren für tuberkulöse oder tuberkuloseverdächtige Kinder, deren 186 im Berichtsjahre durchgeführt wurden. Die guten Erfolge bei diesen Kuren ermutigte zu einer größeren Ausdehnung dieses neuen Zweiges der Tuberkulosenbekämpfung durch Einrichtung weiterer Kinderheilstätten im Jahre 1923. Es dienen jetzt diesem Zwecke die Heilstätten in Langenhorst und Nordkirchen für kath. Kinder, Waldschule Sonne bei Bielefeld für evang. Kinder, Cecilienstift in Bad Lippspringe für Kinder beider Konfessionen.

Aus den übrigen Verhandlungsgegenständen sei erwähnt, daß auch die Versicherungsanstalt sich mit

**dem Beamtenabbau**

zu befassen und der Ausschuß dabei mitzuwirken hat. 51 Beamte und Angestellte haben zum kleinen Teil mit ihrem Einverständnis, im übrigen durch Kündigung oder Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ausscheiden müssen. Soweit sie nicht Anrecht auf Ruhegehalt oder Wartegeld haben, erhalten sie eine Abfindung in Höhe des ein- bis zweifachen Monatsgehaltes.

Aus dem

**Haushaltsplan für 1924**

sei erwähnt, daß er auf Goldmark eingestellt und ihm als Vergleichsjahr 1913 gegenübergestellt ist. Er sieht an Beitragseinnahmen 17½ Millionen Goldmark vor (gegen 15⅔ Millionen 1913), an Zinsen 50 000 Goldmark (3,6 Mill.), an Ausgaben: für Renten 14½ Millionen Goldmark (6,3 Millionen), für Heilverfahren und vorbeugende Maßnahmen 2 Millionen Goldmark (1⅓ Millionen). Die Verwaltung erfordert an persönlichen Aufwendungen (Gehälter pp.) 400 000 Goldmark (460 000 ℳ), an sächlichen Aufwendungen 200 000 Goldmark (108 000 ℳ). Die Kosten im Rentenfeststellungs- und Berufungsverfahren sind auf 150 000 Goldmark veranschlagt (105 000 ℳ), die Ueberwachung der Beitragsentrichtung, Einziehung der Beiträge, Kosten für Marken und Quittungskarten erfordern insgesamt 226 000 Goldmark (151 000 ℳ).

---

hz. **Wie das neue Jahr in Herford einzog.** In eisiger Winternacht, als die Menschheit bei Punsch und sonstigen wärmenden Getränken das neue Jahr erwartete, da ist ein griesgrämlicher alter Mann lautlos von uns gegangen, von niemand betrauert: das Jahr 1923. Und mit einem Male war's da, das neue Jahr; war's als die alte Münsterkirchuhr zum Schlage ausholte? Man kann's in Herford seit jeher nicht genau sagen, wie spät es sei bei Tag oder Nacht, denn jede Turmuhr hat ihre besondere Zeit, so rechte Westfalenschädel haben sie und verharren hartnäckig bei ihrem Willen. Aber als dann von allen Kirchtürmen die Glocken in die Nacht hinaustönten, als das harmonische Wellenmeer der Glockentöne über den eisstarrenden, beschneiten Dächern wogte, da war 1924 schon in Amt und Würden. Und in den warmen Stuben erhob man die Gläser und stieß mit frohen Wünschen an; in stimmungsvollen Gesellschaften unserer Restaurants hieß es: „Prosit Neujahr", und auch in die Straßenzüge kam etwas Leben, Böllerschüsse ertönten, Raketen stiegen hoch, man rief sich Neujahrswünsche zu und — verschwand gar bald wieder, um am warmen Ofen die kalten Hände aufzutauen. Die Winterkälte machte auch den traumseligen Gestalten, die in den Morgenstunden „durchs Gelände" taumelten, den Aufenthalt im Freien ungemütlich, sodaß man sich über ruhestörenden Lärm heuer eigentlich nicht beschweren konnte. — Der erste Tag des jungen Jahres ließ sich recht gut an, bei mildem Wetter war Alles draußen, was versteht, Natur zu genießen. Gar wundersame Schönheit hat der Winter ausgestreut bis in die verborgensten Winkel und Ecken. Wer sich darüber vergewissern will, wandere durch die Stadt oder ziehe hinauf in die Berge. Man kann nicht mißmutig und hoffnungslos sein bei solcher Pracht und den damit verknüpften Winterfreuden. Froh und mutig ist das Jahr begonnen. Lassen wir es bei dieser Stimmung. Heil 1924!

hz. **Beinahe erwischt.** Am verflossenen Sonntag war man auf der Jagd nach dem Verbrecher Ch., der in Dortmund aus dem Gefängnis entwichen ist und sich in Herford aufhalten sollte. Die Polizei hatte Kunde erhalten, daß sich der Flüchtling, der im vergangenen Jahre auch aus dem Herforder Gefängnis ausgebrochen ist, bei einer Verlobungsfeier in der Mindenerstraße befinden sollte. Mehrere Kriminalbeamte und Schutzpolizisten machten sich auf, den Gesuchten zu fassen. Der wartete aber nicht, bis man ihn festnahm, sondern entsprang im letzten Augenblick durch das Fenster. Schüsse, die man ihm nachsandte, hatten auch keinerlei Wirkung. Der „schwere Junge" ist also trotz des großen Aufgebots wieder einmal der strafenden Gerechtigkeit entwichen. Hoffentlich wird man seiner aber doch bald habhaft.

= **Stadttheater.** Aus dem Theaterbüro wird uns geschrieben: Die für Freitag als Vorstellung außer Abonnement angesetzte Aufführung von Lortzings beliebter Oper „Der Waffenschmied" beginnt der langen Spieldauer wegen um 6½ Uhr, worauf hiermit nochmals hingewiesen sei. — Für Sonntag, den 6. Januar, ist die Erstaufführung von A. Sternheims zeitgemäßer Komödie „Der Snob" in Aussicht genommen, das als geistreiche Verspottung moderner Zeitverhältnisse besonderes Interesse verdient.

### Festgenommener Hochstapler.

Mit Hilfe von Herforder und Salzufler Polizeibeamten ist es Hamburger Kriminalisten gelungen, am Sonntag einen lange gesuchten Hochstapler festzunehmen. Der Lipp. Allg. Anz. weiß über den Vorfall folgendes zu berichten:

Am 8. Dezember war in Hamburg wegen versuchten Raubmordes der unter dem Namen Alexander Heinrich von Randart, Graf von und zu Cordoba arbeitende Verbrecher Alexander Heinrich Randart verhaftet worden und am 21. Dezember aus dem dortigen Untersuchungsgefängnis entwichen. Ueber Hannover führte die Spur des Flüchtigen in unsere Gegend, wo er in einer Gastwirtschaft der Umgegend unter dem Namen eines Ingenieurs Nieschlag aus Hannover als Winterfrischler sich aufhielt. Die Hamburger Kriminalpolizei blieb jedoch dem Flüchtigen auf der Fährte und entsandte zwei ihrer Beamten nach hier zur Festnahme. Mit Hilfe der Kriminalpolizei wurde der Aufenthalt des Verbrechers nach den Angaben der Hamburger Kriminalbeamten Sonnabend Abend noch zwischen 10 und 11 Uhr ermittelt, trotzdem sich der im Gespräch mit dem Wirt am Schanktisch stehende Randart durch Brandwunden an der Wange und durch Tragen einer Hornbrille unkenntlich zu machen versucht hatte. Unter dem Ruf „Hände hoch" richteten sich drei Brownings auf den Gesuchten, der, das Unnütze seines Widerstandes einsehend, sich in sein Schicksal ergab und sich fesseln ließ. Noch in derselben Nacht brachten die Beamten Randart, der seine Begleiter anflehte, ihn doch zu erschießen, nach Herford und von dort mit dem 2-Uhr-Zuge nach Hamburg.

Alex Heinrich Randart, diesen Namen allein hat ihm sein Vater, ein geachteter Hamburger Kaufmann und Konsul, mit auf den Lebensweg gegeben, ist in recht guten Verhältnissen aufgewachsen. Seines Vaters geachtete Stellung verschaffte dem jungen Randart den Eintritt in die Kaiserliche Marine. Doch hat er es hier nach seiner eigenen Aussage nur bis zum Fähnrich gebracht, was ihn nicht hinderte, später als Kapitänleutnant oder als Korvettenkapitän aufzutreten. Den Krieg hat er nicht mitgemacht.

Die Hamburger Polizei kam zum erstenmal mit ihm in Fühlung, als im Frühjahr 1922 eine Versammlung, in der ein deutschvölkischer „Deutscher Bund" gegründet werden sollte, verboten wurde. Herr von Randart — soweit war er damals schon avanziert — stellte sich als der Urheber dieser Idee heraus. Es wird stark angenommen, das er nur

**durch deutschvölkisch finanzierte Hilfe**

sein elegantes Leben weiter führen konnte. Zwar hatte ihm auch seine Frau, eine geborene Finnin, etwas Geld in die Ehe gebracht. Aber das hätte allein nicht genügt, Randart über Wasser zu halten. Es ist denn auch bekannt geworden, daß er trotz der Unterstützung der Völkischen noch bis über die Ohren in Schulden stak. Von seiner Familie, die sich völlig von ihm losgesagt hat, wurde ihm keine Hilfe zuteil.

Kurz nach den kommunistischen Oktoberunruhen erschien in einer Kieler Zeitung eine große Traueranzeige des Inhalts, daß Alex Heinrich von Randart, Graf von und zu Cordoba, Kapitänleutnant, Ritter hoher und höchster Orden, bei den Kämpfen um den Stadtteil Barmbeck auf Seiten der Ordnungspartei gefallen sei. Die Anzeige erregte berechtigtes Befremden, denn bekanntlich hatte das Marinekommando, das an der Bekämpfung der Unruhen teilnahm, keine Verluste. Außerdem waren natürlich Titel und Namen in der kleinen deutschen Reichsarmee nicht zu finden. Randart hatte versucht, sich das Heer seiner Gläubiger vom Halse zu schütteln; er selbst erschien einige Wochen später als bürgerlicher „Kapitänleutnant Hartmann" in einer nahezu grotesken Rolle.

Und zwar wagte er sich direkt in die Höhle des Löwen; sein Beruf brachte das so mit sich. Er ließ sich nämlich eines Tages, vielmehr genau am Tage des Hitlerputsches in München, bei einem Hamburger Kommandeur der Sicherheitspolizei als Kapitänleutnant Hartmann melden, der in direktem Auftrage und mit direkten Befehlen vom General von Lossow aus München komme. Die Polizei nahm ihn fest, entließ ihn aber bald wieder als harmlos.

Nun ereilte ihn sein Schicksal. Am 4. Dezember erschien er bei der Polizei und meldete, daß seine Pensionsinhaberin, eine Frau von Horsten, bürgerlichen Namens Schuhmacher, in ihrem Wohnzimmer erschlagen liege. Bei der sofort angestellten Untersuchung verwickelte er sich in Widersprüche, wollte gesehen haben, wie der angebliche Mörder floh, beschuldigte danach den Hausdiener der Dame und belegte alle Aussagen, mochten sie noch so widersprechend sein, mit heiligen und noch heiligeren Eiden, zuletzt beim „Kopf seines einzigen, anderthalbjährigen Kindes". Als er an den Tatort geführt wurde — die noch lebende Frau von Horsten war unter einem Kleiderschrank begraben — wurde ihm übel. Und zu seinem Unglück erholte sich später trotz ihrer schweren Verwundung die Frau und nannte ihn als Täter. Nun hat den Hochstapler sein Schicksal erreicht.

---

## Der letzte Rausch des kleinen Emil Scheuermann.

14. Roman von S. Fischer-Cwoydzinska.

Nachdruckrecht bei August Scherl G. m. b. H. Berlin

Er kam sich zunächst sehr überflüssig vor. Unmöglich konnte er sich vordrängen und sich vorstellen, das hatte er unbedingt im Taktempfinden. Er verneigte sich nur sehr tief, als Aglaia zu ihm hinüberlächelte.

„Wo ist Litka?" hörte er sie rufen.

In diesem Augenblick faßte ihn jemand an der Hand. Litkas lachendes Gesicht tauchte auf, ihr weizenblondes, glänzendes Haar schmeichelte vor seinen Augen.

„Kommen Sie Baron, ich führe Sie zu Mama."

Aglaia hatte sich erhoben. Sie war groß und schlank, ohne mager zu sein. In vollkommenster Harmonie glichen sich ihre anmutigen Bewegungen aus. Sicher war sie sich dieser Harmonie bewußt, ja übte sie, aber die schöne Ungezwungenheit ihres Wesens verwischte den Charakter des Eingeschulten. Ihr seelenvolles Gesicht erstrahlte in Güte und Herzlichkeit. Sie bot neben der schmalen, feinen Figur Emil Scheuermanns eine herrliche, vollendete Ergänzung.

„Ich freue mich sehr", sagte sie, ihre beringten Hände ausstreckend. „Litka hat mich gemacht voll Neugier, Herr Baron."

Er neigte sich und küßte mit tiefer Feierlichkeit ihre Fingerspitzen. Ihm war wirklich feierlich zumute. Diese Frau war wie ein schönes, friedliches Bild. Wenn er nur wüßte, wo er sie schon gesehen hatte!

„Denke nur, Mama", rief Litka, „der Herr Baron hat dich noch nie tanzen sehen. Das ist doch erstaunlich. Er kannte dich gar nicht."

Aglaia sah sich nach Litka um und lächelte.

„Oh, Duschinka, mach' dein armes Matuschka nur rot. Warum soll mich kennen der Baron? Es gibt mehr Tänzerinnen als Aglaia Schalfejewa."

Sie legte ihre Hand auf Emils Arm und führte ihn durch den Salon.

„Zunächst — ich bitte serr — alle diese Herrschaften. Sie müssen einmal kennen lernen. Bitte — Herr Baron von Hühnefeld — Frau Doktor Kreuzien — Frau Professor Ansorg — Frau von Zech — — Emil hörte eine Anzahl Namen um sich schwirren. Er verneigte sich vor Damen und Herren, ohne sie recht zu erkennen. Nur Aglaias Duft empfand er aufs genaueste, und immer wieder stieg ihm die Frage auf, wo er ihr Gesicht gesehen habe.

Litka belegte ihn mit Beschlag. Aglaia nahm wieder auf dem Sofa Platz, hin und wieder nach der Tür sehend, als erwarte sie noch einen Gast. Ihre weiße Gestalt hatte etwas Lauschendes; hingebende Erwartung glühte aus ihren dunklen, sanften Augen. Wenn sie lächelte, wirkte sie wehmütig. Emil mußte sie immer wieder ansehen.

„Wer ist Ihr Herr Vater?" fragte er Litka.

„Der Herr mit dem geteilten Vollbart. Er unterhält sich gerade mit Herrn Doktor Bullprecht."

„Wenn ich wüßte, gnädiges Fräulein, wer Herr Doktor Bullprecht ist?"

Litka schlug leicht mit ihrem kleinen Elfenbeinfächer nach ihm.

„Das ist ein berühmter Mann, Spinoza-Forscher. Drüben am Fenster, der Herr mit der großen Hornbrille."

Emil nickte. Spinoza-Forscher? Was in aller Welt mochte das wieder sein? Er sah Professor Weißhuhn an. Er gefiel ihm, aber als Mann Aglaias konnte er ihn sich nicht denken.

„Wie gefällt Ihnen Mama, Baron?" hörte er Litkas Stimme.

Er gab keine Antwort. Er lächelte nur leicht an Litka herunter. Seine Lippen öffneten sich. Sein Atem stieg wie ein frommer Seufzer auf. Niemals war er so schön gewesen wie in diesem Augenblick, und Litka sowohl wie Aglaia empfanden seine Schönheit so stark, wie sie das Genie eines Künstlers, die Bedeutung eines großen Gelehrten empfinden konnten. Er gehörte von Stund' an in ihren Kreis.

Nachdem eine weitere Viertelstunde verflossen war, bat Aglaia zu Tisch. Sie ordnete liebenswürdig die Tischgesellschaft, nahm den Arm Doktor Bullprechts und führte in das große Speisezimmer hinüber. Emil hatte Litka am Arm. Sie zwitscherte mit ihrer hellen, durchdringenden Stimme, alles, was sie sagte, hatte Bezug auf Mama. Emil saß Aglaia ziemlich gegenüber. Das Licht, das in kleinen Kugeln von der Decke strahlte, fiel voll auf ihr gelbliches Gesicht, und wie er so fest und freudig auf dieses schöne, freimütige Gesicht blickte, wußte er plötzlich, mit wem es Aehnlichkeit hatte, wenn auch sein Ausdruck um vieles weicher, fraulicher war.

Sie könnte eine Schwester der Gräfin Hesekiel sein, dachte er und fühlte sein Herz klopfen.

„Haben Sie, gnädige Frau", fragte ein stark behaarter Herr, dessen Kopf aussah, als würde er von einer roten Perücke bedeckt, „haben Sie im Frühling in Petersburg die neuen Kompositionen von Roman Niemczik gehört?"

„Ja", erklärte Aglaia. „Ich war nicht entzückt im Moment — ich war — wie soll ich sagen —", sie schnipste hilflos mit dem Finger und lachte — „dämmernd — —. Sie verstehen, Herr Professor."

„Du willst sagen, du begreiffest nach und nach", half Litka lustig aus.

Fortsetzung folgt.

# Aerzte und Krankenkassen.

## Verhandlungen in Herford.

Am Sonntag fand auf dem Schützenhof hier eine Krankenkassen-Versammlung für die Bezirke der Oberversicherungsämter Minden und Detmold statt, die sehr zahlreich beschickt war und einen anregenden und lehrreichen Verlauf nahm. Der großen Bedeutung der zur Erörterung stehenden Fragen wegen räumen wir dem Bericht darüber gern einen längeren Raum ein.

Der Vorsitzende der Allgemeinen Orts-Krankenkasse Herford, Ratsherr Lottmann eröffnete die Versammlung und ersuchte, man möge bis zum Eintreffen der verspätet ankommenden Gäste erst einmal örtliche Angelegenheiten behandeln. Der Verwaltungsdirektor Schmidt von der hiesigen Kasse habe sich bereit erklärt, einen Vortrag über

**Die Heilmittelfrage**

zu halten. Er führte dazu etwa folgendes aus:

Diese Frage beschäftige die Krankenkassen schon lange Jahre. Sie ist aus der Not geboren. Die Frage auf Selbstabgabe von Heilmitteln und Arzneien hat uns in Herford schon vor 12—13 Jahren beschäftigt. Damals schon haben wir einzelne Mittel in Anspruch genommen, Mittel, für die keine große Geschäftskenntnis erforderlich war. In den Kriegsjahren bauten wir die Selbstabgabe erheblich aus. Wir hatten im Gegensatze zu anderen Kassen, wie z. B. Detmold, Minden usw., die erst später dazu übergingen, keine allzugroßen Schwierigkeiten, weil wir früh und rechtzeitig eingekauft hatten. Manche Kassen, die zu spät mit der Abgabe von Heilmitteln begannen, hatten meist keine Räumlichkeiten dazu gleich zur Verfügung. Bielefeld fängt erst jetzt mit der Abgabe an. Er (Redner) richte an alle Vertreter die Bitte, die Selbstabgabe von Heilmitteln einzuführen. Aber die wichtigste Frage sei heute die: Wie können die Kassen einen

**gemeinsamen Einkauf**

bewerkstelligen? Sie haben alle Veranlassung dazu, sparsam mit ihren Mitteln umzugehen. Er empfehle, eine gemeinsame Einkaufszentrale zu errichten, aus der dann die kleineren Kassen besonders beliefert werden könnten. Man möge eine Kommission einsetzen, die sich mit der Angelegenheit beschäftigt. Kein Oberversicherungsamt werde sich dem in den Weg stellen, sondern förderlich eingreifen. Die Gesetzgebung müsse allerdings in dieser Frage den Kassen noch viel mehr Raum gestatten. Der Gedanke des Zusammenschlusses marschiere auch bei den Krankenkassen.

Die hier wieder gegebenen Hauptgedanken des Vortrages fanden lebhafte Zustimmung.

Nach dem Vortrage des Krankenkassendirektors Schmidt waren die letzten Vertreter von auswärts eingetroffen. Den Vorsitz übernahm jetzt Stadtrat Oster-Bielefeld, der die Konferenz mit besonderen Begrüßungsworten eröffnete. Er hieß den Reichstagsabgeordneten Ziegler herzlich willkommen, der anstelle des verhinderten Verbandsdirektors Lehmann-Dresden das Hauptreferat übernommen hatte.

**Reichstagsabgeordneter Ziegler**

führte hierauf etwa folgendes aus

**über das Verhältnis zwischen Aerzten und Krankenkassen.**

Die Einstellung der kassenärztlichen Versorgung sei so plötzlich über die Kassen gekommen, daß es begreiflich ist, wenn Aufklärung erfolge. Zwischen Kassen und Aerzten hat leider von jeher ein Kampf geführt werden müssen und nur wenige Ruhepausen waren zu verzeichnen. Wenn man Leistung und Gegenleistung abwägt, so kommt man zu dem Urteil, daß die Aerzte für ihre Tätigkeit stets so entschädigt wurden, wie es den Vereinbarungen entsprach. Die Schwierigkeiten und die Spannung sind größer und schärfer geworden, als die Aerzte anfingen, ihre wirtschaftlichen Organisationen zu einem gewerkschaftlichen Kampfmittel auszubauen. Unter der Wirkung der Inflation wurde die Lage der Krankenkassen immer schwerer; die sinkende Geldentwertung machte jedes Vorausschauen unmöglich, und es gab Augenblicke, wo ihre Leitungen nicht mehr in der Lage waren, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Eine große Zahl nicht unbedeutender Persönlichkeiten erklärte offen, es sei besser, die Sozialgesetzgebung restlos abzubauen. Wir haben aber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Sozialversicherung bestehen bleibt als das, was sie sein will: Schutz, Schirm und Stütze für alle die, welche ihr angehören. Dazu müssen wir auch einen Aerztestand haben, der mit uns einig geht. Je zufriedener die Aerzteschaft, desto besser für Kassen und Versicherte. Aber wir wollen nicht, daß die Versicherung das werde, was einmal ausgesprochen wurde, nämlich eine Arbeitslosenversicherung für die Aerzte, die sonst nichts zu tun haben.

Das Gesetz über die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen hat allerlei Gutes geschaffen, aber die Hoffnungen an dasselbe sind elend zu Wasser geworden, seine Vorteile wurden durch die Inflation zunichte gemacht. Man führte keine wertbeständigen Beiträge ein, womit es besser geworden wäre, sondern finanzierte die Versicherung mit Mitteln, die auch im Kriege schon verwendet wurden, indem man die Riemenscheibe auf der Transmission vergrößerte und die an der Druckmaschine verkleinerte, damit möglichst viel — Mittel (Papierscheine) geschaffen wurden. Diese Methode war so falsch wie die im Kriege und in der Ruhraktion angewandte. Ende Oktober fand eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium mit Aerzten und Apothekern statt. Ich wies den Aerzten damals an der Hand von Zahlen nach, daß allein im Monat September von einer Kasse an die Versicherten 1 Milliarde 100 Millionen gezahlt wurden und an die Aerzte 43 Milliarden! Ein Apothekervertreter sagte anschließend, daß viele Arzneien ohne jede Wirkung wären. Das Ergebnis der Beratungen war eine Eingabe der Kassenvertreter an das Reichsarbeitsministerium, worin man um eine Verordnung ersuchte, die das Verhältnis zwischen Aerzten und Versicherten anders gestalten sollte und die auch nicht zurückschreckte, anstelle der Sachleistungen dauernd Barleistungen einzuführen. Am 29. Oktober ging das Ministerium dazu über, zwei Verordnungen herauszugeben, deren erste die „Krankenhilfe bei den Krankenkassen", deren zweite die „Regelung des Verhältnisses zwischen Aerzten und Kassen" betraf. Ein ungeheurer Sturm erhob sich bei den Aerzten, namentlich wegen der Bestimmungen der ersteren Verordnung. Nach diesen würde — so behaupten sie — „der Aerzteberuf zu einem Spielball gemacht". Redner gab zu, daß man manche Sätze der Verordnung geschickter hätte fassen sollen. Aber es kam bald heraus, daß die Aerzte nur einen Vorwand zum Sturm gegen das ganze Gesetz suchten. Der Reichspräsident änderte schließlich in einer neuen Notverordnung die bestehenden Bestimmungen ab. (Wir haben darüber ausführlich berichtet. Herf. Ztg.). Aber auch jetzt erklärten die Aerzte, man habe ihrem Berufe zu wenig Verständnis entgegengebracht und weil die Dinge nicht geändert würden, müßten die Aerzte am 1. Dezember die kassenärztliche Versorgung einstellen.

Wir befinden uns also seitdem in dem sogenannten „vertragslosen Zustande", wie die Aerzte sagen, im Streik, wie ich es auffasse. Die Aerzte hatten zu solchem Vorgehen kein Recht, denn es lag nicht der geringste Anlaß dazu vor. (Sehr richtig!) Ich habe in Siegen den Aerzten an Zahlen gezeigt, daß sie alle Veranlassung hätten, zufrieden zu sein. Unzufrieden zu sein, hätten lediglich die Versicherten alle Ursache! Meine Zahlen betreffen die sechs größten Kassen in Südwestfalen. Wenn wir den Aerzten im Verhältnis 100 zahlen und den Versicherten 1,5—5, so gehen solche Dinge eben nicht weiter. Der Redner empfiehlt eine gründliche Aufklärung der Kassenmitglieder und zwar besonders auch in der Anwendung von Hausmitteln.

Wenn wir überall an den Abbau herangehen, um Sparsamkeit zu üben, dann darf auch bei den Aerzten keine Ausnahme gemacht werden. Gewiß ist der Aerzteberuf leistungsfähig zu erhalten, dasselbe muß aber auch bei den Kassen der Fall sein. Eine ganze Reihe von Aerzten sind mit uns derselben Meinung, daß die ewigen Kämpfe aufhören müssen. Ueber das Vorgehen des Leipziger Verbandes schütteln viele Aerzte den Kopf, können sich aber nicht entschließen, ihrer Organisation in dieser folgenschweren Angelegenheit die Gefolgschaft zu versagen. Der Aerzteverband will nur durch eine Aktion zeigen, daß er da ist. Es ist falsch, die Aerzteorganisation etwa beseitigen zu wollen, denn mit jedem einzelnen Arzte können wir auch nicht verhandeln. Kassen und Parlament müssen sich mehr rühren als bisher, denn die Aerzteschaft schickt bei allen Sozialgesetzen Vertreter in den Reichstag. Die umstrittenen Verordnungen sind aufgrund des Ermächtigungsgesetzes dem Fünfzehner-Ausschuß des Reichstages überwiesen. Hoffentlich lehnt er alle Abänderungsanträge ab. Es wird auf andere Weise möglich sein, das Verhältnis zu klären und zu regeln. (Allseitige Zustimmung.)

Anschließend an diese Ausführungen dankte der Vorsitzende, Stadtrat Oster-Bielefeld, dem Redner, um dann einiges über die Erfahrungen

**in Bielefeld**

zu sagen. Danach hat dort die Aerzteorganisation ein Rundschreiben versandt, in dem aufgefordert wurde, die Höchstsätze der Gebühren zu verlangen. Ferner erklärten die Aerzte, daß getroffene Abmachungen über sparsame Verordnungsweise ihre Gültigkeit verloren hätten. Damit haben die Aerzte sich alle Mühe gegeben, eine unnötige Schärfe in den Kampf zu tragen. Wenn man den Aerzten sagt, worum der Kampf in Wirklichkeit geht, dann zeigt sich, daß manche gar keine Ahnung von der Existenz der Verordnung vom 30. 10. haben. Nur ein kleiner Teil weiß um den wahren Sachverhalt, während der übrige glaubt, durch den Konflikt bessere Bezahlung herauszuholen. Wir waren in Bielefeld einig, nie Barmittel auf der Kasse liegen zu lassen, sondern solche sofort zur Bezahlung von Rechnungen aller Art zu verwenden; wir hatten gar kein Interesse daran, irgendwelche Mittel aufzuspeichern, trotzdem behaupten die Aerzte, die Verwaltungskosten seien zu hohe und der Apparat zu groß. Man macht uns sogar zum Vorwurf, wir seien in der Lage, uns Häuser zu bauen; ja, das sind wir und wir bedauern sehr, daß wir nicht rechtzeitig dazu übergegangen sind! (Sehr gut!) Im übrigen soll es ja auch Aerzte geben, die sich recht stattliche Häuser haben bauen lassen.

Der Vorsitzende des Krankenkassenverbandes Herford,

**Buchdruckereibesitzer Kuhle,**

führte aus, er wolle die Gelegenheit wahrnehmen, um zu betonen, daß die Aerzte in Herford keinerlei Veranlassung zu ihrem Vorgehen gehabt haben. Im Gegenteil! Die Krankenkassen haben den Aerzten in einer eigens zu diesem Zwecke einberufenen Aussprache erklärt, daß die Kassen nicht gewillt seien, von der Notverordnung Gebrauch zu machen.

Was auch aber und uns Alle heute mehr interessiert, ist diese: Herr Ziegler sagte, es müssen Mittel gefunden werden, um die untragbaren Lasten der Kassen zu beseitigen und auf der anderen Seite ein leidliches und moralisch zu verantwortendes Verhältnis zwischen den Leistungen der Versicherten und den Kassen zu schaffen. Da gibt es nur das Eine: Was hilft uns einen Ausweg auf lange Sicht bereiten? Das ist die Durchbrechung des starren Prinzips der freien Aerztewahl. Wer sich darüber klar ist, daß die Kassen arg gefährdet sind, der muß sich dafür entscheiden. Es gibt Krankenkassen, wie ich zu meiner großen Ueberraschung erfahre, die aus Staatsmitteln unterstützt wurden. Das ist für die allernächste Zeit ein undenkbarer Zustand. Die Kassen täuschen sich, wenn sie glauben, in der Lage zu sein, ihren Verpflichtungen auf die Dauer gerecht werden zu können, wenn sie sich nicht zu einem harten Schritt entschließen. Ein solcher ist zweifellos der Angriff auf die freie Aerztewahl, denn er wird aufräumen mit vielem, was uns Allen im Krankenkassenwesen lieb und teuer gewesen ist. Die Einschränkung der freien Aerztewahl ist wahrlich ein bedenklicher Schritt, das weiß ich, und ich bin mir der Tragweite meiner Ansicht nach jeder Hinsicht bewußt; aber wenn man sich vergegenwärtigt, wie sich das Kassenwesen in der neuesten Zeit entwickelt hat, muß sich jedermann klar sein, daß man mit halben Mitteln dauernd nichts erreicht. Es genügt nicht, daß man Halt macht mit dem neuen Zuzug von Aerzten, was wir seit langem verlangt haben gegen den Willen der Aerzteschaft, sondern wir müssen darüber nachdenken, ob es nicht durchführbar ist, die freie Aerztewahl zu durchbrechen. Die Notverordnung enthält Fingerzeige nach der Richtung der Einführung eines Bezirkssystems. Wir müssen heute unumwunden eingestehen, daß die freie Aerztewahl nicht mehr zu tragen ist. Durch ihre Aufhebung gefährdet man wertvolle Güter, aber man muß sie aufs Spiel setzen der Sorge um die notleidende Menschheit willen. Es wäre eine Unlogik, die sich selbst schlägt, wenn überall und an allen Orten dazu übergegangen wird, zu beseitigen, was volkswirtschaftlich nicht zu halten ist, und bei den Krankenkassen Halt zu machen. Das ist eine einfache logische und tatsächliche Unmöglichkeit. Wenn ich das einsehe, nutzt es nichts, zu reden, sondern dann muß ich den Willen haben, danach zu tun. Auch wenn es Schmerzen macht und Leiden schafft: Das Ganze soll und muß leben. Das ist die Krankenversorgung und Sozialgesetzgebung. Der Einzelne muß es hinnehmen, wenn er unter diesem Gesichtswinkel liebe Rechte preisgeben muß. Nur so werden wir „den schweren Winter", der dem deutschen Volke in den kommenden Jahren bevorsteht, ertragen können.

Abg. Ziegler ist freudig überrascht über die Gedanken des Vorredners. Auch nach seinem Dafürhalten kommen wir nicht hinweg über eine Einschränkung der freien Aerztewahl. Alle anderen Mittel nutzten nichts, wenn wir diese Frage nicht in den Vordergrund stellen. Aus den Reihen der Aerzte wurde immer wieder versucht, die Kassen auf den Weg zu drängen, Staatszuschüsse zu verlangen. Ich lehne das ab und bin froh, daß in meinem ganzen Bezirk keine einzige Kasse Staatszuschuß erhoben hat. Helfen wir uns aus eigener Kraft. Lieber freiwillig auf etwas verzichten, was wir nicht halten können, als daß immer der Büttel Staat uns dazu zwingt!

In der weiteren Diskussion sprach zunächst Holle-Lippstadt, der anführte, daß die Aerzte in den Kassen die größte Rolle spielen, weil über 80 Proz. der Ausgaben durch sie verursacht werden. Im Jahre 1910 zählten wir 15 000 Aerzte, 1920 schon 34 000 (auf 1600 Einwohner ein Arzt), 1924 werden es rund 60 000 sein, also auf 1000 Einwohner ein Arzt.

Der nächstfolgende Redner, Schmidt-Herford, weist nach, daß es eigentlich die Aerzte waren, die über die Kassenmittel verfügten. In ihrer Hand lag die Dauer und die Art der Behandlung, die Verordnung der Heilmittel, sowie die Krankenhauspflege. Dieser Zustand bedurfte dringend einer Aenderung, die durch die Verordnung vom 30. Oktober erfolgte. Nicht der einzelne Arzt trage die Schuld, wenn nicht immer das Interesse der Krankenkasse gewahrt bliebe, sondern das Aerztesystem, das heute gilt, müsse beseitigt werden. Ganz gleich, ob der Arzt von der Krankenkasse oder vom Staat angestellt würde.

Otte-Detmold schilderte die Verhandlungen in Lippe; auch er sieht eine Lösung der schwierigen Frage nur in der Aufhebung der freien Aerztewahl und Festanstellung der Aerzte.

Oster-Bielefeld stellt in Aussicht, daß die Bielefelder Ortskrankenkasse ein neues Aerzteverzeichnis aufstellen und darin nur die Hälfte der Aerzte berücksichtigen werde.

Nachdem die Herren Schoneweg-Gütersloh, Vogt-Bielefeld an einigen Beispielen der Praxis noch weiter auf die Unhaltbarkeit der freien Aerztewahl hingewiesen, und der Referent, Herr Ziegler, in seinem Schlußwort das vollkommene Einverständnis mit den Diskussionsrednern konstatierte, fand die Verhandlung ihr Ende.

Die Besprechungen fanden schließlich ihren Niederschlag in folgender

**Entschließung,**

die einstimmige Annahme fand:

**„Die am 30. Dezember 1923 im Schützenhof zu Herford tagende Konferenz der Vertreter der Orts- und Landkrankenkassen der Oberversicherungsämter Minden und Detmold, auf der 120 Delegierte anwesend waren, weisen die von den Aerzten in der Oeffentlichkeit verbreitete Behauptung zurück, wonach der gegenwärtige Konflikt zwischen Aerzten und Krankenkassen auf das Schuldkonto der Kassen falle.**

**Es ist unrichtig, daß die Bezahlung der Aerzte in den letzten Jahren geringer gewesen ist, als in der Vorkriegszeit. Die verhältnismäßig niedrigen Bezüge der Aerzte stehen im ursächlichen Zusammenhang mit der Geldinflation. Außerdem haben die Aerzte selbst durch ein umständliches Verteilungsverfahren der Geldmittel, die von den Kassen stets pünktlich überwiesen wurden, die Entwertung vergrößert.**

**Die Verordnung der Reichsregierung vom 30. Oktober 1923 konnte nach menschlichem Ermessen keinen Grund bilden, die Leistungen vertragswidrig einzustellen; denn die Krankenkassen sind immer bereit gewesen, paritätisch über die Auslegung zu verhandeln. Im übrigen wird aber von der Regierung erwartet, daß die Verordnung aufrecht erhalten bleibt. Das Vorgehen der Aerzte kann nicht anders gewertet werden als eine Nichtanerkennung der Gleichberechtigung der Krankenkassen.**

**Die Krankenkassen sind jederzeit bereit, durch Verhandlung mit den Aerzten zum Frieden zu kommen im Interesse der Versicherten und des sozialen Friedens wegen. Sie haben die Hoffnung, daß die Einigung nicht schwer fallen wird, da die Bezahlung der Aerzte heute vielfach schon höher ist, als in der Vorkriegszeit — im Gegensatz zu dem Einkommen aller sonstigen Lohn- und Gehaltsempfänger.**

**Bei den Einigungsverhandlungen muß jedoch darauf hingewirkt werden, daß der weiteren Ueberfüllung des kassenärztlichen Berufes sofort Einhalt getan wird, denn die beitragzahlenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind nicht dazu da, erwerbslosen Aerzten eine Existenz zu verschaffen. Hier ist der Abbau zweifellos berechtigter, wie bei manch anderen Berufen. Die Konferenz erwartet, daß die bei der Besprechung am 21. Dezember von den Vertretern der Kassen aufgestellten Forderungen hinsichtlich der Beschränkung der Zahl der Aerzte volle Berücksichtigung finden.**

**Mit aller Schärfe wendet sich die Konferenz gegen die Bestrebungen derjenigen Kreise, welche den gegenwärtigen Konflikt dazu ausnützen wollen, die Sozialversicherung zu untergraben."**

*

Zur Förderung der Heilmittelabgabe und des gemeinsamen Einkaufs derselben wurde die Geschäftsführer-Vereinigung beauftragt, den Krankenkassen in allernächster Zeit eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

*

**Neue Einigungsverhandlungen.**

Nachdem die bisherigen Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums, eine Einigung zwischen Krankenkassen und Aerzten zu erzielen, keinen Erfolg hatten, sind die Parteien von neuem zu einer Sitzung des Reichsausschusses

**zum 4. Januar**

in das Reichsarbeitsministerium geladen worden.

Bei der Einigungsverhandlung vom 21. Dezember blieb als hauptsächlichster Streitpunkt übrig, daß die Aerzte als Vorbedingung für die Aufhebung des vertragslosen Zustandes die Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand forderten, die Krankenkassenvertreter aber das Wiederaufleben der alten Verträge ablehnten. Die Verhandlung endete damit, daß der Verhandlungsleiter, Ministerialdirektor Dr. Grieser, erklärte, die Krankenkassen auffordern zu wollen, sich bis zum 30. Dezember über das Wiederaufleben der Verträge zu erklären. Es wurde vereinbart, daß von beiden Parteien in der Zwischenzeit alles unterlassen werden solle, was geeignet sei, den Kampf zu verschärfen.

## Aus Nachbarschaft und aller Welt

wtb. **Köln.** Am Sonnabend wurde im hiesigen Gefängnis der ledige 39 Jahre alte frühere Pferdeknecht Johann Mayer aus Meißen durch den Scharfrichter Heck aus Magdeburg durch das Fallbeil hingerichtet. Mayer war 1919 wegen Beteiligung an verschiedenen Morden, darunter an Frauen in der Eifel, vom Gericht in Koblenz zum Tode verurteilt worden.

wtb. **Berlin.** Im Walsertal bei Obersdorf hat eine Lawine zwei Häuser mit zahlreichen Bewohnern verschüttet. Näheres ist noch nicht bekannt, da die Telefonleitungen zerstört sind.

**Berlin.** In der Nacht zum Sonntag explodierte in einer Konditorei am Rauener Tor in Potsdam ein auf dem Boden befindlicher Dampfkessel, der eingefroren war und durch ein starkes Feuer zum Auftauen gebracht werden sollte. Von den in der Nähe des Kessels befindlichen Personen wurden zwei Frauen getötet, ein junges Mädchen schwer und ein Mann leicht verletzt.

wtb. **Frankfurt a. M.** In Burghain bei Fulda fuhr am Samstag abends der D-Zug 282 (Holland-Frankfurt) auf einen im Ueberholungsgeleis haltenden Güterzug, wodurch der Schlußbremser des Güterzuges getötet, vier Reisende des D-Zuges und ein Bremser des Güterzuges leicht, der Lokomotivführer des D-Zuges schwer verletzt wurden. Als Ursache des Unglückes wird Ueberfahren des Einfahrtsignales angenommen. Eine Untersuchung ist im Gange.

**Newyork.** Durch eine Feuersbrunst ist das Irrenhaus von Dannig im Staate Michigan zerstört worden. Bis jetzt wurden siebzehn Leichen gefunden. Man glaubt jedoch, daß die Zahl der Opfer noch größer ist.

**Der Verführer seiner Mutter.**

Sh. **Halberstadt.** Vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatten sich der arbeitslose Richard Liebing und dessen Braut, die Agentin Elisabeth Albrecht, wegen gewerbsmäßiger Hehlerei und die über 60 Jahre alte Witwe Wilhelmine Liebing aus Osterwieck wegen fortgesetzten Diebstahls zu verantworten. Der

Anklage lag eine höchst traurige Geschichte zu Grunde. Die Witwe Liebing war bereits 15 Jahre bei dem Handschuhfabrikanten Otto beschäftigt gewesen. Im Februar v. J. kam nun ihr Sohn Richard, der arbeitslos war, aus Berlin. Er wußte seine Mutter nach großen Ueberredungskünsten dazu zu bewegen, daß sie sich auf ihre alten Tage zur Diebin an ihrem Brotherrn machte. Sie hatte als alte Vertraute in der Fabrik zu jedem Raum Zutritt. Seit April hat sie nun, wie sie vor Gericht zugab, wenn sich ihr die Gelegenheit bot, alles mögliche zusammengestohlen. So soll sie allein etwa 100 Paar Handschuhe entwendet haben, die sie ihrem Sohn übergab, der sie auffammelte, und dann an seine Braut nach Berlin schickte. Die Albrecht betrieb mit den gestohlenen Osterwiecker Handschuhen in der Reichshauptstadt einen schwunghaften Handel; zu ihrer Kundschaft gehörte in der Hauptsache die Halbwelt. Die ganze Sache kam lediglich durch einen Zufall ans Tageslicht. Die Albrecht hatte in Berlin ein Ehepaar kennen gelernt, das dem sicher auftretenden Mädchen wiederum vollstes Vertrauen schenkte. Sie versprach dem Ehepaar Zigaretten und Mehl zu beschaffen und auch Lederstücke zur Anfertigung einer Lederjacke. Als das Ehepaar dem Mädchen aber 200 000 Mark für die Felle und fünf schwedische Kronen für den Zigaretteneinkauf übergeben hatte, ließ sich die Albrecht nicht wieder sehen. Bei den Nachforschungen stellte sich heraus, daß die Albrecht in Berlin über zwei Wohnungen verfügte. In der einen Wohnung kamen nur die Postsendungen. Als man sie in der anderen Wohnung aufsuchen wollte, war sie verreist. Die nun vorgenommene Haussuchung lenkte die Spur nach Osterwieck. Auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei konnten Osterwiecker Polizeibeamte das Brautpaar gerade in dem Augenblick festnehmen, als die Albrecht im Begriff war, wieder nach Berlin abzureisen. In ihrem Gepäck fand man wieder 27 Paar Handschuhe, mit denen sie ihr Lager auffüllen wollte. So kam man dahinter, daß die alte Frau fortgesetzt ihren Dienstherrn bestohlen hatte. Vor der Strafkammer waren die Angeklagten zumeist geständig. Bei der alten Frau ließ das Gericht Milde walten und erkannte auf sechs Monat Gefängnis, die ihr jedoch bei dreijähriger Bewährungsfrist gegen eine Geldbuße von 30 Goldmark erlassen werden sollen. Richard Liebing erhielt wegen gewerbsmäßiger Hehlerei und unerlaubten Waffenbesitz eineinhalb Jahre und vierzehn Tage Zuchthaus, die Albrecht wegen gewerbsmäßiger Hehlerei, Betrugs und Diebstahls ein Jahr und acht Monate Zuchthaus. Den beiden letzteren wurden die Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

### Alpine Zechprellerei.

Sh. **München.** Die Verwahrlosung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens macht leider immer weitere Fortschritte. Auch das Hochgebirge wird neuerdings davon nicht verschont. Neben den Diebstählen an Decken, Holz, Kochgeschirr usw., die viele Alpenvereinssektionen zur Schließung ihrer Hütten während des Winters zwangen, hat die Zechprellerei in den unbewirtschafteten Hütten einen Umfang angenommen, der die Sektion München veranlaßte, an ihre Schwestersektionen einen Notruf zu richten. „Als der Wetterstein-Sachverwalter Anfang Dezember die Knorr- und Angerhütte besuchte, mußte er feststellen, daß trotz aller Mahnungen zur Sparsamkeit auch der zweite, für die Winterbesucher bereitgestellte Holzvorrat (60 bis 80 Bündel Holz je Hütte) bereits verbrannt war. Daraus und aus den Eintragungen in den Hüttenbüchern ging hervor, daß in den vorausgegangenen fünf Wochen eine größere Anzahl Touristen in den Hütten gewesen war. Die Hüttengebühr war auf 20 Pfg., die Gebühr für ein Matratzenlager auf 50 Pfg., der Preis eines Bündels Holz auf 30 bezw. 40 Pfg. festgesetzt gewesen, und so glaubte der Sachwalter, in den Hüttenkassen größere Geldbeträge vorfinden zu können. Das Ergebnis war: auf der Angerhütte 2,70 Billionen Papiermark, auf der Knorrhütte sage und schreibe eine ganze Rentenmark. So wird der gute Wille und die uneigennützige Arbeit der Sektionen gelohnt. Es ist früher ja auch vorgekommen, daß einzelne auf unbewirtschafteten Hütten ihre Schuldigkeit nicht bezahlt haben, aber damals waren dies Ausnahmen, jetzt ist es zur Regel geworden. Wahrlich ein trauriges Zeichen der Zeit!" Die Schwestersektionen werden deshalb gebeten, ihre Mitglieder aufzufordern, mitzuhelfen, daß diese alpine Zechprellerei aufhört. Die Mitglieder des Alpenvereins können dies, indem sie ihnen unbekannte Gäste kontrollieren, sie zu sparsamem Holzverbrauch anhalten und Leute, die ihre Schuldigkeit nicht bezahlen, demjenigen Verein melden, dem die Hütte gehört. Die Sektion München läßt sich durch diese trüben Erfahrungen zunächst nicht abschrecken, die Wintertouristik mit allen Kräften zu unterstützen, aber die Sektion wird jeden, der das Gastrecht mißbraucht, verfolgen und zum mindesten seinen Ausschluß aus den Alpenvereinen beantragen. Der Ausschluß aus den Alpenvereinen ist für solche Elemente, die alpine Zechprellerei treiben, eine viel zu gelinde Strafe. Sie müßten dem Staatsanwalt wegen Betruges angezeigt werden, damit sie auch ins Gefängnis wandern.

### Die Verbürgerlichung der dänischen Königsfamilie.

Der jüngste Sohn des dänischen Prinzen Waldemar, der sein gesamtes Vermögen bei dem Krach der Landmannsbank verlor, Prinz Erik, hat sich in Ottawa (Kanada), wo er eine Farm hat, mit der Enkelin des Multimillionärs John Booths, der schönen und jungen Miß Lois Booth, verlobt. Der König von Dänemark hat seine Einwilligung zu dieser Mesallianz gegeben, doch hat der Prinz, der künftig den Titel eines Grafen von Rosenborg führen wird, für sich und seine Nachkommen auf alle Rechte auf den dänischen Königsthron verzichten müssen. Auch ein anderer Sohn des Prinzen Waldemar wird in nächster Zeit eine Mesallianz eingehen. Nämlich Prinz Viggo, der die Tochter des Newyorker Arztes Dr. Green heiraten wird. Von den beiden Prinzen bildete sich Prinz Erik als Landwirt aus, während Prinz Viggo Meiereidirektor in Sibirien gewesen ist. Der älteste Sohn des Prinzen Waldemar, Prinz Aage, der als Hauptmann im dänischen Heer diente, ging, als ihm der Landmannsbankkrach eine standesgemäße Lebensführung in Dänemark unmöglich gemacht hatte, als Offizier in französische Dienste, wo er zurzeit Hauptmann in der Fremdenlegion ist.

### Hochwasser in Frankreich.

**Paris.** Aus allen Teilen Frankreichs wird Hochwasser gemeldet. Die Marne steigt und in gleicher Weise auch die Seine, die bereits einen Stand von 5,44 Metern erreicht hat und im weiteren Steigen begriffen ist. Eine Kompagnie Pioniere ist bereits in Paris angekommen, um Vorkehrungen zu treffen. Falls das Regenwetter andauert, ist mit einem weiteren Anwachsen der Seine zu rechnen. Auch aus dem Süden Frankreichs liegen Meldungen über starkes Anschwellen der Flüsse vor. Die telephonische Verbindung mit dem Süden ist durch den Sturm an der Küste gestört. Paris kann mit Marsaille und der Cote d'Azur nicht telephonisch verkehren.

## Ein scheußliches Verbrechen.

**Zwei Schlosserlehrlinge als gemeine Mörder — Jugend von heute.**

**Rheine. Ein scheußliches Verbrechen hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Es handelt sich um die angebliche Entführung des 18jährigen Schlosserlehrlings Berthold Falk, der seit dem zehnten Dezember vermißt wurde. Tatsächlich ist der junge Mann einem Morde zum Opfer gefallen. Zugleich mit der Auffindung der Leiche gelang es, die Täter festzunehmen. Als solche kommen der 16jährige Deiters und der 18jährige Krause,**

**beides Schlosserlehrlinge**

**auf einer hiesigen Autofabrik, in Frage. Sie haben bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt. Zu der Tat, die in überaus roher Weise ausgeführt wurde, geben sie etwa folgendes an. Deiters und Krause haben am 10. Dezember den Falk in den Garten der Eltern des Krause gelockt, um nach ihrem Vorgeben ein Motorrad zu besichtigen. Hier angekommen, nahm Deiters einen Revolver zur Hand und bedrohte das Opfer mit Erschießen, wenn es sich irgendwie wehren oder einen Laut von sich geben würde. Alsdann wurde Falk gefesselt. Krause steckte ihm ein Taschentuch in den Mund, worauf Deiters zum Revolver griff und ihm mit dessen Knauf einige Schläge gegen die Schläfe versetzte. Hierauf wurde der Bedauernswerte in ein Loch, das man schon acht Tage vorher gegraben hatte (!) gesteckt. Als er noch Lebenszeichen von sich gab, versetzte auch Krause dem Unglücklichen einige Schläge auf den Kopf. Darauf wurde das Loch mit Erde zugeworfen, sodaß der Aermste, der auch jetzt noch nicht ganz tot war, den Erstickungstod erleiden mußte. Einige Tage später ist Krause dann zu dem Grab gegangen und hat die Leiche dadurch geschändet, daß er**

**einen Teil des linken Fußes abhackte.**

**Das Stück des Fußes steckte Krause in die Aktentasche des Falk, die dieser an dem fraglichen Abend bei sich geführt hatte. Die Tasche mit dem Fuß wurde auf einer entlegenen Straße gefunden und sollte Veranlassung geben, Geld zu erpressen. Eine Erpressung scheint auch das Motiv der Tat gewesen zu sein. Die Täter zeigen über das scheußliche Verbrechen nicht die geringste Spur von Reue.**

Verantwortlich für den Inhalt: der Herausgeber und Verleger Fr. Kuhle; für die Anzeigen: Fr. Bierstedt; beide in Herford.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat weder der Bezieher noch der Inserent Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

## Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

### Höchstzuschläge zu den Grundmieten für Januar 1924.

Die Miete für Monat Januar 1924 errechnet sich nach denselben Zuschlägen wie sie für Monat Dezember 1923 maßgebend gewesen und am 29. November 1923 veröffentlicht worden sind.

**Der Magistrat.**

Im Rathause hängen die Beschlüsse der städt. Körperschaften vom 18./21. Dezember 1923 betr. Außerkraftsetzung der Grundwertsteuerordnung vom 10. Mai 1921 ab 1. Januar 1924 und Erhebung von 100 v. H. Zuschlägen zur staatlichen Grundvermögenssteuer vom 1. Januar 1924 ab aus. Bemerkt wird, daß die gemeindliche Grundvermögenssteuer unaufgefordert mit der staatlichen Grundvermögenssteuer zu entrichten ist.

Herford, den 31. Dezember 1923. **Der Magistrat.**

**Vergessen Sie nicht**

jeden Morgen, bevor Sie die rauhe Luft einatmen, einige

**Schäfer ‚Ast' Karamellen**

zu nehmen. Dieselben wirken äusserst wohltuend auf die Hals- u. Atmungsorgane und schützen wirksam vor Erkältung, Halsbeschwerden, Asthma und üblem Mundgeruch. Ferner wirken dieselben stark erfrischend, durststillend und sind der Gesundheit sehr zuträglich.

Seit dem Jahre 1913 millionenfach bewährt!

Nachahmungen werden strafrechtlich verfolgt.

Nur echt in Packung mit Bild von Schäfer „Ast".

Erhältlich in Herford bei A. Seeger, Konfitüren, am Bahnhof; F. Huxoll, Konfit., Bahnhofstr. 3; M. Lücke, Konfit., Bäckerstrasse 2; H. Weber, Konfit., Gehrenberg 14; W. Havemann Nachf., Kurfürstenstr. 2; C. Schaper, Lübberstr. 29; F. Weihe, Mausefalle 2; R. Husemann, Goebenstr. 19; H. König, Mindenerstr. 28.

**DRUCKSACHEN FR. KUHLE**
RENNSTRASSE 29-31 / FERNSPRECHANSCHLUSS 88 u. 151

**Pianos**
hervorragender Qualität.
**Festing**
**Bielefeld, Pianofabrik**
Bahnhofstrasse 6.

**Ihr Kinder, bittet Eure Mutti,**



sie möchte Euch den Schopf täglich mit Javol behandeln, damit auch Ihr recht schönes, seidenweiches Haar erhaltet. Dazu schützt Javol Euch vor den häßlichen Kopfschuppen und Schinnen, unter denen Eure Spielkameraden so oft zu leiden haben. Und sagt Mutti, sie kaufe Javol in jeder Drogerie, bei jedem Friseur kaufen



**Stadttheater.**
**Freitag, den 4. Jan.,** 6½ Uhr:
Außer Abonnement:
**Der Kaffeeschmied**
Kom. Oper von Alb. Lortzing.
**Sonntag, 6 Januar,** 7¼ Uhr
Erstaufführung:
**„Der Snob"**
Komödie v. Aug. Sternheim

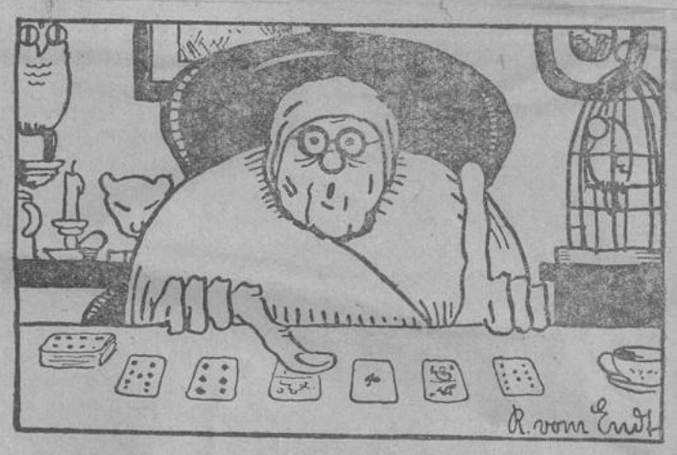
**Nationalkassen**
beide Nummern erbet., kauft
**Bügler, Berlin**

**Technikum Lemgo** (Lippe)
Höhere technische Lehranstalt. Staatskommissar.

**Schweine-Kleinfleisch**
frisch gesalzene, tadellose Ware.
Postkolli á 9 Pfd. M. 3.90
9 Pfd. rote Holst. Kugelkäse M. 5.85 9 Pfd. rote Tafelkäse M. 5.85 9 Pfd. gelbe Nordmarkkäse M. 5.85. 9 Pfd. Holst. Tilsiter Käse M. 6.85. 9 Pfd. dänischen Steppenkäse M. 9.20 9 Pfd. geräuch. fetten Speck M. 10.50 9 Pfd. geräuch. durchw. Speck M. 10.50. 9 Pfd. geräuch. Rotwurst M. 8.— 9 Pfd. geräuch. Leberwurst M. 8.— 9 Pfd. geräuch. Schweinsköpfe M. 6.20. 4 Liter Dose Rollmops M. 5.50. 4 Liter Dose Bratheringe M. 5.8 freibleibend ab hier Nachnahme.
**Heinrich Kregmann, Norddorf i. H. Nr. 11.**

**Für Lohnbuchhaltung**
eines Textilwerkes am Platze
**tüchtiger junger Mann oder junge Dame**
**zum sofortigen Eintritt gesucht.**
Ausführliche Angebote mit Lebenslauf u. Zeugnisabschriften unter Nr. K. L. 918 C an Ala Haasenstein & Vogler A.-G., Cassel.

**Kreis-Sparkasse**
Herford, Elisabethstr. 4.
Annahme wertbeständiger Spar-Einlagen zu zeitgemäss. Zinsfusse.
*
Einrichtung von Scheck- u. Ueberweisungskonten, auch für Gehaltsempfänger empfehlenswert.
*
Erledigung aller Bankgeschäfte, wie An- u. Verkauf von Aktien, wertbeständigen und anderen Wertpapieren
bei der Hauptstelle in Herford, Elisabethstr. 4 u. bei sämtl. Nebenstellen im Landkreise Herford.




**Und also spricht die weise Frau:**

Die Zukunft liegt hier grau in grau.
Die Karte mit dem großen Los
Fällt wieder nicht in Ihren Schoß.
Ein Onkel in Amerika
Ist leider auch nicht für Sie da.
Kein Ende nimmt die Teuerung,
Es fehlt an Geld, an Feuerung.
Ein Lichtblick nur — Sie sparen viel,
Ich seh, Sie waschen mit Persil!

**Persil**
Das unübertroffene Waschmittel
**spart Kohle, Zeit und Geld!**
Vertreter: **W. Steinpass, Herford i. W.**

**Sie haben Erfolg**
wenn Sie Ihre Geschäftsempfehlungen, An- und Verkäufe von Waren und sonstigen Gegenständen sowie Stellengesuche und -Angebote in der Herforder Zeitung für Stadt und Land anzeigen. Die Wirkung ist ganz sicher, da die Herforder Zeitung für Stadt und Land in allen Kreisen der Bevölkerung gern gelesen wird.